

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Postämtern erhältlich

Lagezeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Belegpreis: 100 Cents monatlich 1,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B. G. Dresden-Bl. / Reichsdrucken- und Verlagsanstalt: Bücherbinderstraße 2 / Vertriebsamt: Dresden Nr. 14690
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeiner Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 18 Uhr literarische Sprechstunde

Arbeitspreis: Die neunmal geklebte Monatsheftzeitung oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. (In die Resthefte am liebsten an den dreißigtägigen Tag einer Zeitung 1,50 RM. Unregelmäßig wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Bl., Albertstr. 48. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonntagen und Feiertagen / In Fällen höherer Preisseil besteht kein Anspruch auf Zuerstung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Belegpreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 10. Dezember 1929

Nummer 286

Über 1 Milliarde Besitzsteuern abgebaut!

Schwere Grundkatastrophe in Lothringen / Straßendämpfe in Athen / Ausschluß des Gen. Dr. Schminde aus dem Ärzteverein
Heute 20 Uhr Auflagendemonstration in den Annenjälen, Dresden

Auf Kosten der Werktätigen:

Raubzug im Zeichen des Youngplanes

Berlin, 10. Dez. (Eig. Drahtmeldung)

Die Müller-Hilferding-Regierung beriet gestern über das Finanzprogramm, das nach Reichsabinett durch eine Erklärung, die in der Hauptsache den Entwürfen Hilferdings entspricht, angenommen wurde und am Donnerstag im Reichstag vorgelegt werden soll. Die Regierung will sich geschlossen hinter diese Erklärung stellen, obwohl noch entsprechend den Wünschen der Volkspartei und der Demokraten einige Änderungen vorgenommen werden sollen, bevor es von den verschiedenen Regierungsparteien angenommen wird. Das Berliner Tageblatt gibt in seiner heutigen Morgenausgabe eine Darstellung über die Einzelheiten des Hilferding'schen Programms, die das ungeheure Ausmaß des geplanten Raubzuges auf die Taschen der werktätigen Bevölkerung kennzeichnen. Nach dieser Darstellung wird ein Abbau von Steuern von einer Milliarde bis 800 Millionen Mark geplant, der fast ausschließlich dem Behn, vor allem der Industrie, der Banken und Großgrundbesitzer zugute kommt. Im einzelnen handelt es sich um 300 Millionen Mark Steuergelder, die unmittelbar an die Industrie gehen, deren Befreiung der Youngplan aufhebt. 400 Millionen Mark sogenannte Realsteuern sollen ebenfalls abgebaut werden, 100 Millionen Mark der Rentenzinsbelastung sollen jährlich verschwinden, was ein unmittelbares Geschenk für die Großgrundbesitzer bedeutet. Die restlichen Millionen kommen bei der Einkommensteuer in Vorkauf, die umgekehrt um 25 Prozent des bisherigen Gesamtaufkommens ermäßigt wird. Bei diesem Nachlass der Einkommensteuer ist als geringfügiger „Tröst“ für die werktätigen Steuerzahler auch eine Herabsetzung des steuerlichen Existenzminimums um 100 auf 1200 Mark und für Beherzter auf entsprechend höhere Sätze geplant. Es heißt aber heute noch nicht einmal fest, ob selbst diese kleinen Konzessionen sofort oder erst in späteren Jahren im Verkauf der Finanzreform durchgeföhrt werden sollen. Der Hauptteil der Steuererleichterungen bei der Einkommensteuer kommt wiederum nur dem Behn zugute. So hoch der steuerliche Nachlass für die Einkommen über 80 000 Mark von 40 auf 33 Prozent gemindert werden. Die restlichen Einkommen der Großkapitalisten werden heute also durch ungeheure Summen neuer Steuererleichterungen erhöht. Zu gleicher Zeit steht die Hilferding'sche Finanzreform eine Erhöhung der Altsenesteuern, der Väter- und Tabaksteuern um insgesamt 400 Millionen Mark vor.

Der gesamte Finanzplan Hilferdings stellt also einen ungeheuerlichen Raubzug auf die Taschen der werktätigen Massen bei gleichzeitigen Geschenken an das Kapital dar. Das Bild rundet sich durch die Kopfsteuer Hilferdings zur Last der kommunalen Ausgaben, die unter dem Namen „Verwaltungsbeitrag“ eine Besteuerung aller wahlberechtigten Gemeindeglieder vor sich und ausdehnt. Dies ist sehr möglich gehalten werden soll. Das bedeutet also, daß der reiche Unternehmer nur wenig mehr als jeder Arbeiter für diesen „Verwaltungsbeitrag“ zahlen haben wird. Die detailliertere Darstellung, wie sie das Berliner Tageblatt über den Hilferding'schen Finanzplan gibt, betrifft alles, was bisher an Scharfmaßnahmen und arbeiterfeindlicher Tendenz von der Hilferding'schen Finanzreform erwartet wurde. Die Steuererleichterungen für die Behnenden im Interesse der „Kapitalbildung“

lassen ja schon im ersten Jahr 830 Millionen Mark betragen. Die Massen der Arbeiterschaft müssen gegen diesen Raubzug, den die sozialfaschistische Koalitionsregierung im Zeichen des Youngplans durchföhren will, Sturm laufen. Nun wird es nötig klar, weshalb die Müller-Hilferding-Regierung eines Kommunistengesetzes bedarf, um ihren Plan verwirklichen zu können. Eine Regierung, die so offen im Auftrag des Trustkapitals die Volkswirtschaft ausplündert und verelenden will, bedarf der Justizhausparagrafen, von denen der Sozialdemokrat Weis bei der ersten Beratung des Republikanengesetzes sprach, um jeden proletarischen Widerstand gegen den Raubplan ersticken zu können.

Schärfster Kampf gegen die Hilferding'sche Finanzreform!
Schärfster Kampf gegen den Youngplan und seine offenen und verdeckten Vertreter! Das ist die Leistung der Stunde.

Reichsboikotttarif-Erhöhung!

Nur bis Januar verhängt!

III. Berlin, 9. Dezember. Nach einer Weisung des Reichskabinetts sind die Reichsbahn-Verhandlungen hinsichtlich der mit dem Vertrag der Reichsbahn beschlossenen Tarifherabsetzung zurückgenommen. Es ist unter anderem auch der Beschlag erstattet worden, der Reichsbahn auf dem Wege über die Tarifherabsetzung eine finanzielle Entlastung aufkommen zu lassen. Angesichts der Finanzlage des Reiches dürfte aber dieser Beschlag wenig Aussicht auf Verwirklichung haben. Die bisherigen Verhandlungen haben zu einem Ergebnis nicht geföhrt. Die Frage der Tarifherabsetzung ist einheimlich nicht vertagt worden. Die Verhandlungen sollen nach dem Willen der Kaiserlichen Regierung wieder aufgenommen werden.

Somit die Tarifsenkung, die nicht mehr und nicht weniger als die offene Aufhebung des Tarifherabsetzungsvertrages darstellt, die Offensiv der Bourgeoisie ist also keineswegs geschlossen, da ja auch bereits Verhandlungen über das Realisationsprogramm geführt werden, die zu einer Erhöhung der Tarifherabsetzung führen sollen.

Massenentlassungen in Berlin

Berlin, 10. Dezember. (Eig. Drahtmeldung)

Seit Wochen schon ist die Berliner Arbeiterschaft durch Gerüchte über bevorstehende Massenentlassungen in Ungewissheit, aus denen sich Tatsachen verbinden. Schon sind in einer Reihe von Betrieben die Tarifverträge suspendiert worden. Aber noch vor Weihnachten sollen in den Berliner KKW-Betrieben (Königsplatz) und Brunnenstraße, in der Röntgen- und Turbine (Brunnenstraße) tausende Arbeiter auf's Mal entlassen.

Das Raubprogramm der Unternehmer

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Spitzenorganisation der deutschen Unternehmer, hat seine Tendenz zum allgemeinen Wohlstand und Finanzreform als Programm für die nächsten Schritte zur Durchführung des Youngplanes ausgedrückt. Der Ausgangspunkt der Tarifpolitik bildet, wie überall in ähnlichen Verhandlungen der Bourgeoisie die Frage der zur Durchführung des Youngplanes notwendigen „Kapitalbildung“, sowie der Steigerung der Produktion kapitalistischer Unternehmungen (die Unternehmungen nennen das natürlich „Umsatzverhältnisse der Rentabilität“), als der notwendigen Voraussetzung für die wachsende Kapitalbildung. Klar und offen wird gesagt, daß die veränderte Kapitalbildung auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen muß, wie die Überforderung in der Sozialversicherung“ bezeugt, die heute an sich greifenden Maßnahmen für die deutsche Wirtschaft vorzuziehen hat. Die deutschen Gewerkschaften werden sich der „Überforderung Sozialversicherung“ anderer Meinung sein, als die Herren Unternehmer. — Über leben wir uns einmal deren Programmen näher an.

Schärfster Kampf gegen die Hilferding'sche Finanzreform!
Schärfster Kampf gegen den Youngplan und seine offenen und verdeckten Vertreter! Das ist die Leistung der Stunde.

Söldendämmerung

Vor dem Ende des chinesischen Arbeiterkampfes
Tchaukatsch



Die Fehlgang der Kämpfe in China, die im Zusammenhang mit der Niederlage der Regierung im russisch-chinesischen Konflikt eine weitere Verschärfung erfahren haben, scheinen den Sieg der Revolution und blutigen Arbeiterkampfes, in unmittelbarer Nähe gerückt zu haben. Zwar gibt die Berliner Weltanschauung eine Erklärung ab, daß die Regierung Herr der Lage ist, und der Militärregimentär Tschaukatsch nicht an einen Rücktritt denkt, dennoch können trotz größter Terror die Weibungen aus China nicht unterdrückt werden, monach General Tang und eine große Zahl anderer Militärführer seinen Rücktritt fordern und ihre Truppen gegen die Regierung in Bewegung gesetzt haben. Im Zusammenhang damit steht das Revolutionäre wirtschaftliche und bäuerliche Kampfentwachen, die beweisen, daß das Militärregiment des Herrers nicht imstande war, die proletarische Revolution in China zu ersticken.

Die ganze Belegschaft verschüttet!

III. Strömsburg, 9. Dezember.

Im Schacht „Glückauf“ bei Deutsch-Ost in Lothringen ist eine Belegschaft von 20 Mann im Stollen durch Einwirkung der Giftgasvergiftung verschüttet worden. Der Einsturz ereignete sich etwa eine halbe Stunde nach der letzten Sprengung, als die Arbeiter eben wieder ihre Arbeit aufgenommen hatten. Die meisten wurden unter den leeren Zug gedrückt, den sie beladen hatten. Bislang sind 2 Tote und 1 Schwerverletzter geborgen worden.

Arbeiterblut fließt in Athen

Athen, 10. Dezember. (Eig. Drahtmeldung)

Siehe Sam an sie, regelmäßig Straßenlämpfen zwischen Streifenbrechern und Militär auf der einen Seite und stehenden Arbeitern auf der anderen Seite, als versucht wurde, den Straßenüberwacher durch Streifenbrecher aufrechtzuerhalten. Das Militär gab mehrere Schüsse auf die Streifen ab, die sich mit Hilfe von Straßenbahnwagen verbarrikadierten. Die Zahl der Verwunden und Toten ist noch nicht bekannt. Die Regierung erwägt, nicht nachgeben zu wollen. Die Streifenbewegung behält sich aus und wird voraussichtlich zum Generalstreik führen. In Saloniki ist es ebenfalls zu schweren Zusammenstößen gekommen.

Um es kurz zu sagen — es gibt überhaupt kein Gebiet des menschlichen Raubzuges gegen die Arbeiterschaft, das von den Unternehmungen unberührt gelassen wurde. Söldere Parole ist dafür die „Freiheit der Wirtschaft“. Jetzt geht es an die Wohnverhältnisse:

„In einer Übergangszeit von längstens fünf Jahren sollen die Mietsieten an die Neumieten angepasst, die Finanzminister in eine auf reichsrechtlichen Grundgesetz angelegte Gemeinbewohnungssteuer zugrunde gelegt werden.“

Die Erhöhung der Mietsieten auf das Niveau der heute nur den Reichen zugänglichen Neubaugewohnungen, gütliche Überwindung des Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln, Herabsetzung der neuen Mietsieten zur Deckung der Gemeinbewohnungsbaues, damit die bisherigen, den Behn belohnenden Gemeinbauern aufgehoben werden können.

Der nächste Angriff gilt den ähnlichen Unternehmungen: Ausgaben und Leistungen der Sozialversicherung müssen im Massenmaß zum jetzigen Zustand von Grenzen militärischer Tatkraften zurückgeführt werden. „Eine unbedingte, die Volkswirtschaft tragende Ausweitung ihrer Einrichtungen“ ist zu verhindern — den Unternehmungen werden nicht es also nach viel zu auf „Inseln“ gibt dies nach Meinung der Unternehmungen von den Arbeitern. Die Tarifpolitik vom 3. Oktober 1929 ist nicht annehmbar.“ Es folgen dann einige